

KTM Steiner erläuterte kurz die Hintergründe der verschiedenen Anträge und bat unter Verweis auf Punkt 3 des als Tischvorlage vorliegenden Antrags vom 21.11.2022, die Beratung hierüber in den nichtöffentlichen Sitzungsteil zu verschieben, da diese evtl. das derzeit laufende Vergabeverfahren zur Durchführung der rettungsdienstlichen Leistungen des Rhein-Sieg-Kreises tangieren könnte. Weiter führte er unter Verweis auf die gutachterlichen Feststellungen aus, dass der nördliche Teil des Gebietes der Stadt Lohmar rettungsdienstlich Unterversorgt sei. Um diesem Zustand abzuhelpfen, sehe der Entwurf des Gutachtens zum sich in der Fortschreibung befindlichen Rettungsdienstbedarfsplans auf dem Gebiet der Stadt Lohmar die Errichtung einer Rettungswache vor. Die Stadt Lohmar habe über alle Fraktionen ihre Bereitschaft und ihr Interesse erklärt, die Trägerschaft der Rettungswache zu übernehmen und die Rettungswache über die dort ansässigen Hilfsorganisationen betreiben zu lassen. Im Rhein-Sieg-Kreis habe man in anderen Kommunen mit diesen Modellen gute Erfahrungen gemacht. Aus diesem Grunde wolle man seitens der Koalition in Abstimmung mit zwei weiteren Fraktionen dieses Anliegen der Stadt unterstützen. Dem Vorschlag der Verwaltung, dies im Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplans zu vermerken, sei man gefolgt. Mit Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans könne die Stadt Lohmar mit der Einrichtung und dem Betrieb einer Interimswache beginnen.

KTM Koch begrüßte das Ansinnen der Stadt Lohmar und sprach sich dafür aus, dies zu unterstützen, in der Hoffnung, dass eine Umsetzung städtischer Bauvorhaben schneller möglich sei. Allerdings hätten Erfahrungen in Bornheim gezeigt, dass hier Bauvorhaben des Kreises schneller auf den Weg gebracht werden konnten. Man wünsche der Stadt, dass dies in Lohmar anders verlaufen werde und sich das Projekt – im Hinblick auf die festgestellte Unterversorgung – schnell umsetzen ließe. Dem Antrag vom 21.11.2022 werde daher von Seiten seiner Fraktion zugestimmt.

Die SPD-Kreistagsfraktion teilte mit, dass man sich von Seiten der SPD-Fraktion ebenfalls diesem Antrag anschließen werde.

Der Vorsitzende bemerkte eine Zustimmung der Mehrheit der Ausschussmitglieder zum Antrag vom 21.11.2022 und stellte auf Nachfrage an die Ausschussmitglieder fest, dass kein weiterer Beratungsbedarf zu Punkt drei des Antrags im nichtöffentlichen Teil bestand.

KTM Steiner bat daraufhin den Antrag der Fraktionen von CDU und DIE GRÜNEN unter Punkt drei dahingehend zu ergänzen, als dass die Worte „... eine Option ...“ gestrichen und ersetzt werden durch „... eine Überprüfungsklausel oder Option je nachdem, welches die rechtssichere Lösung für die Stadt Lohmar ist ...“. Dies vor dem

Hintergrund, dass die Verwaltung im weiteren Verfahren die Möglichkeit habe, unter Hinzuziehung der Rechtsberatung eine rechtssichere Lösung zu finden.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss: